

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Gesicht ist höchstens dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Militärisches Unterhaltungsblatt.“ - Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. Durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinspaltige 10 Pfg., Ausstellungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,- M. Das Zauben, aussüßig Pollegröße, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 30

Donnerstag, den 13. März 1930

32. Jahrg.

Ein Damenfahrrad

ist als gefunden gemeldet worden
Kemberg, den 10. März 1930.

36] Die Polizeiverwaltung.

Die Anfuhr von Lichtmasten

(etwa 9 1/2 fm) aus dem Stadtfort Oppin ist zu vergeben. Verschllossene Angebote sind mit der Aufschrift „Lichtmastenanfuhr“ bis zum 15. März einzureichen.
Kemberg, den 11. März 1930.

37] Der Magistrat.

Beschluß.

Auf Grund des § 145 Abs. 2 VStG. in Verbindung mit § 16 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 ist es hiermit sämtliche Polizei-Verordnungen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kreis- und Kreispolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind, mit Ausnahme derjenigen Polizei-Verordnungen, die die Strom-, Schiffsfahrts- oder Hafenpolizei betreffen, mit Wirkung vom 1. Mai 1930 außer Kraft. Dieser Beschluß bezieht sich auch auf diejenigen vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizei-Verordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.

Berlin, den 20. Februar 1930.

38] Der Minister des Innern.

Grzesinski.

Neues in Kürze.

* Die Younggehe wurden im Reichstag in der zweiten Lesung von den Regierungsparteien bei Stimmhaltung der Bayerischen Volkspartei angenommen.

* In der Sitzung des Senates der Reichsbank wurde der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther einstimmig zum Reichsbankpräsidenten gewählt.

* Falls das Finanzprogramm der Regierung keine Mehrheit finden sollte, wird von den Parteien der früheren Weimarer Koalition und der Bayerischen Volkspartei eine neue Debatte vorgeschlagen.

Schluß der Youngausprache.

Abstimmung auf nächste Sitzung verlag.

Berlin, 11. März.

Die zweite Lesung der Young-Gehe wird fortgesetzt.

Abgeordneter Schneller (Komm.)

betrifft das Reichsbankgesetz. Die Sozialdemokraten, die zuerst harte Bedenken vorgebracht hätten, seien jetzt wohl kommen zurückgekommen. Die Unabhängigkeit der Reichsbank verleierte die Abhängigkeit vom Finanzkapital.

Abgeordneter Schiele (Dnt.)

erklärt, die einseitige Wirtschaftspolitik und die ausanoverschuldung hätten dazu geführt, daß wir in den letzten ledg Jahren für 17 Milliarden Lebensmittel eingeführt hätten, obwohl davon für mindestens 10 Milliarden auf der eigenen Scholle erzeugt werden konnte. Die Landwirtschaft ist am Ende ihrer Kraft. Im Osten sei die Notlage der Landwirtschaft zu einer nationalpolitischen Gefahr geworden. Am Westen wachse das Heer der Arbeitslosen, im Osten die Entvölkerung. Polen sei demgegenüber bedroht, in planmäßiger Arbeit einen nationalbedenklichen polnischen Bauernwall gegen das Deutschland zu schaffen. Unter diesen Umständen sei das Polenabkommen vollkommen untragbar.

Abgeordneter Graf zu Eulenburg (Dnt.)

weist darauf hin, daß selten eine Vorlage so heftig kritisiert worden sei wie der Polenvertrag. Sowohl wirtschaftliche als politische Gründe sprächen gegen die Annahme dieses Abkommens. In der Hauptsache werde dadurch das Volkstum gefährdet.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

erwidert dem Abgeordneten Schiele, daß die Deutschnationalen für die Damespolitik die halbe Verantwortung zu tragen hätten. (Lärm und Widerspruch rechts). Es habe nicht nur ein großer Teil der Fraktion für die Damespolitik getimmt, sondern die Deutschnationalen seien auch lange Zeit an dieser Politik beteiligt gewesen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Im Gegensatz zu den früheren Regierungen habe gerade die jetzige Regierung im Interesse der Landwirtschaft wirklich entscheidende Fortschritte erzielt. (Großer Lärm rechts.) Im übrigen dürfe nicht bezweifelt werden, daß die Krise in der Landwirtschaft eine Weiterentwicklung ist. Noch vor wenigen Tagen habe die Reichsregierung erneut zur Lage der Landwirtschaft Stellung genommen und entscheidende, eingreifende Maßnahmen vorbereitet. Der Minister teilt mit, daß der Handelsvertrag mit Polen vor-

ausichtlich in den nächsten Tagen paradiert werde. (Hört! hört! rechts.) Die Landwirtschaft habe keinen Anlaß, sich über diesen Vertrag zu beklagen. Es seien alle Sicherungen eingebaut, auf die die Landwirtschaft Anspruch erheben könne.

Bei dem Liquidationsabkommen mit Polen dürfe man nicht außer acht lassen, daß es sich auch um den Schutz der Minderheiten handele. Den verfassungsändernden Charakter des Polenabkommens habe die Regierung verneint. Der politische Zusammenhang mit dem Youngplan ergebe sich notwendig aus den Empfehlungen der Pariser Sachverständigen. Was durch das Liquidationsabkommen nicht erreicht sei, könne durch künftige Wirtschaftsverhandlungen nachgeholt werden.

Unter lärmenden Rufen der Rechten erklärt der Minister, daß durch eine vorläufige Haltung der deutschen Minderheit in Polen, die sich nicht feindlicher Äuße gegenüber dem polnischen Staat schuldig machen dürfe, alle diese Dinge wesentlich gefördert werden könnten. Durch die polnische Agrarreform würden die deutschen Anwohner nicht berührt. Auch für den Gewerbe seien entsprechende Zusicherungen von der polnischen Regierung gemacht worden. Ausdrücklich betont der Minister, daß durch das Abkommen Deutschland keinerlei nationalen Anspruch preisgebe. Aus der Zustimmung über die wirtschaftliche Not im Osten heraus dürfe man nicht das Gegenteil behaupten, was für den Osten nötig sei. Gerade die Abgeordneten aus dem Osten müßten für das Abkommen stimmen.

Die Mehrheit beantwortete die Rede mit Beifall, die Rechte mit Hissen. Für einen Jura. „Sind Sie denn polnischer Minister?“ erhält Abgeordneter Stöhr (Nat.-Soz.) nachträglich einen Ordnungsruf.

Staatssekretär Dr. Zueigert wiederholt darauf die vor dem Ausschuss bereits abgegebene Erklärung der Reichsregierung über die Verfassungsmäßigkeit des Polenvertrages.

Präsident Löbe erklärt darauf die Aussprache für geschlossen und teilt mit, daß mehrere Parteien den Wunsch ausgesprochen haben, die Abstimmungen auf Dienstag nachmittags 2 Uhr zu verlegen.

Abgeordneter Graf Westarp (Dnt.) erklärt, diese Verlegung bewege erneut die absolute Unfähigkeit der Regierungsparteien. Auf Antrag des Abgeordneten Gille (Ztr.) wird die Abstimmung dem am weiteren zwei Stunden auf Dienstag nachmittags 4 Uhr verschoben.

Es folgte die erste Beratung des Segelentwurfes über die Auflösung des Reichsenchthigungsamtes,

die am 31. März erfolgen soll. Abgeordneter Jada (Komm.) widerspricht der Auflösung, da die Entschädigungstrage lange noch nicht erledigt ist. Abgeordneter Lorenz (Dnt.) äußert ähnliches Bedenken gegen den in der Vorlage vorgeschlagenen Zeitpunkt der Auflösung, zumal das deutsch-polnische Liquidationsabkommen viele neue Entschädigungsfälle schaffen werde. Abgeordneter Fischer (Dem.) bezieht sich auf die Entscheidung für die Ausschüherung vor. Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Es stehen dann die Anträge des Geschäftsausschusses über die Genehmigung zur Strafverfolgung zahlreicher Abgeordneter zur Beratung. Der Ausschuss beantragt, die Genehmigung zu erteilen wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen die kommunistischen Abgeordneten Schmöller, Kemmele, Madelon, Wirth, Rippenberger, Wendte und Strödel sowie gegen den Abgeordneten Dr. Goebels (Nat.-Soz.), ferner wegen Religionsvergehens gegen den Abgeordneten Jeyer (Nat.-Soz.), wegen Beleidigung gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Buch und Dr. Goebels und zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen feiner Haltung beim Volksbegehren gegen den Abgeordneten Berndt (Dnt.). Die Hochverratsverfahren sollen mit Ausnahme im Falle Schmöller nicht vor der Sommerpause des Reichstages stattfinden.

Die Anträge des Ausschusses werden nach kurzer Debatte mit 288 gegen 68 Stimmen mit 57 Enthaltungen der Deutschnationalen genehmigt.

Das Haus verlag sich dann auf Dienstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmungen zur zweiten Lesung der Younggehe, ferner das Brotgesetz.

Was wird nun?

Weimarer Koalition? - Ausschüssen der DRR?

Berlin, 11. März.

Die Deutsche Volkspartei sieht angefsiert der scharfen Kritik, die nach wie vor namentlich von den Sozialdemokraten und auch der Bayerischen Volkspartei an dem Moldenhauer'schen Steuerleistungsprogramm geübt wird, keine Möglichkeit einer Einigung.

Daß am Mittwoch unabweislich die letzte Abstimmung über die Young-Gehe stattfinden soll, ist zwischen Reichsregierung und sämtlichen Regierungsparteien fest vereinbart. Eine klare Klarifizierung hat man jetzt nicht mehr bei der Regierung noch bei den Parteien. Von einer Zustimmung des Reichstages ist bisher noch keine Rede gewesen.

Festzuhalten scheint jedoch, daß die Regierung nicht die Absicht hat, bei der Abstimmung in der dritten Lesung die Vertrauensfrage unter Hinweis auf ihr Finanzprogramm zu stellen, was das ursprünglich verlangte.

Zwischen sind zwischen den Parteien der Weimarer Koalition bereits Besprechungen eingeleitet worden mit dem Ziel, innerhalb dieser Parteien und mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei eine Einigung über die schwebenden Finanzfragen herbeizuführen. Die drei Weimarer Parteien wollen versuchen, ein neues Finanzprogramm aufzustellen, das unter Verzicht auf die Biersteuer eine entsprechende Erhöhung der direkten Steuern enthalten soll. Das würde der WPP. den Beitritt ermöglichen. Man hofft, damit noch bis Dienstag fertig zu werden, so daß dann das Zentrum am Mittwoch den Young-Gelegen zustimmen könnte.

Für die Deutsche Volkspartei wäre ein derartiges Finanzprogramm unannehmbar. Es würde den sofortigen Austritt der Deutschen Volkspartei aus der Regierungskoalition zur Folge haben. Die beiden volksparteilichen Reichsminister Curtius und Moldenhauer würden ihre Ämter dann wohl ohne Zweifel alsbald niederlegen.

Überführung des Finanzprogramms mit Hilfe des Paragraphen 48?

Die Besprechungen tragen keinen offiziellen Charakter, werden aber voraussichtlich doch noch weiter fortgesetzt werden, da man unter allen Umständen Mittel und Wege sucht, dem Zentrum die Zustimmung zum Youngplan und den übrigen Haager Abmachungen zu ermöglichen. Nach welcher Richtung hin das Moldenhauer'sche Finanzprogramm dabei Veränderungen erdulden wird, läßt sich bisher noch nicht sagen, da einwilligen von allen beteiligten Fraktionen lediglich ihre Sonderforderungen präsentiert wurden. So verlangen beispielsweise die Bayern Verzicht auf die Biersteuererhöhung, für die als Ersatz die Erhöhung der Umfahrsteuer auf 1 v. H. vorgeschlagen wird. Umgekehrt fordern die Sozialdemokraten nachdrücklich Verzicht auf jedes Steuerleistungsprogramm, im Gegensatz zu den Vertretern der Demokraten, die hierzu an hartnäckig festhalten.

Wie von bestunterrichteter Seite berichtet wird, werden die Verhandlungen nicht etwa lediglich mit dem Ziel geführt, eine Art Billigungsformel zwischen den vier Parteien zu vereinbaren. Sie heißen vielmehr den positiven Zweck, ein vollständiges Finanzprogramm fertigzustellen, auf dessen Durchführung sich die unterhandelnden Parteien fest verpflichten sollen. Es besteht die Absicht, spätestens im Laufe des Dienstag das neue Finanzprogramm der WPP. vorzulegen und von ihr hierzu ein klares Ja oder Nein zu verlangen. Nach Lage der Dinge kann es aber nicht zweifelhaft sein, daß die Deutsche Volkspartei eine eindeutige Weige erteilen dürfte, voraus sich ohne weiteres die Konsequenz des sofortigen Austritts Moldenhauers ergeben würde. In Kreisen der Sozialdemokratie wird bereits damit gedroht, daß in diesem Falle die Regierung Wütler auf Grund des Paragraphen 48 ihr Finanzprogramm durchzuführen werde.

Ein Antrag der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft über die Amnestie ging an den Ausschuss.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wies der Reichstag den Einpruch des Reichsrats gegen den Reichstagsbeschluß, wonach Hauszinssteuererlässe nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen, zurück und befristete einen Beschluß mit 421 gegen 42 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und feiner Gruppen, also mit Zweidrittelmehrheit.

Entgeltlich verabschiedet wurde der deutsch-litauische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag.

Am Mittwoch findet die dritte Lesung der Younggehe statt.

Ein deutsch-nationaler Antrag, die dritte Lesung bis nach der Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts über den Volksentscheid zu verlagern, wurde abgelehnt.

Ein Novum im Parlamentsleben.

Kommt die Weimarer Koalition?

Berlin, 12. März.

Ein im parlamentarischen System äußerst seltener - vielleicht bis dato nie dagewesener - Fall ist zu verzeichnen: Während man sich auf der einen, der bisherigen Regierungseite bemüht, in dieser großen, auseinanderstrebenden Koalition eine Basis zu finden, die eine Durchpeisigung der Younggehe ohne Bindung an ein festes Finanzprogramm ermöglicht, ist man auf der anderen Seite - Teile der bisherigen Koalition - eifrig am Werke, eine Verleibungung für Steuerprobleme zu kontrahieren, die unter Ausschiffung einer Regierungspartei - in diesem Falle der Deutschen Volkspartei - nach Annahme des „Neuen Planes“ die neue Koalition schafft, die das Staatsbüß weiter steuern will.

Das Zentrum hat seinen Willen durchgesehen.

Die letzte Bindung von Finanzabmachungen ist erfolgt, es hat also die Möglichkeit, für die Younggehe zu stimmen. Diese neue Regierung würde sich aus den Sozialdemokraten,

Demokraten, dem Zentrum, also der alten Weimarer Koalition, zuzurechnen, zu denen dann noch die Bayerische Volkspartei hinzutreten würde. Das Programm für diese Regierung ist in einer nächsten Dauerfrist fertiggestellt worden, wenn also die Volkspartei aus dem Rahmen springt, ein Fall, der mehr als wahrscheinlich ist, tritt die neue Kombination in Tätigkeit.

So ist der Plan ausgedacht, der insofern farsen könnte, als die parlamentarische Mehrheit für ihn unbedingt gegeben ist. Würde also die Deutsche Volkspartei ihre Minister zurückziehen, so braucht das Gesamtministerium durchaus nicht zurückzutreten, sondern es würde sich aus den Parteien der neuen Koalition ergänzen. Aber die Sache hat einige Haken. Vor allem steht der Ausführung entgegen

eine Erklärung des Reichsfinanzministers im Reichstag, die er auch im Namen des Reichsanstalters abgab, daß nur die Deckungsvorlage der Regierung an den Reichstag gelange, die Abmachungen der Parteien hätten nur für deren Haltung bei der Abstimmung Bedeutung. Es scheint also, daß an Stelle einer Klärung eine Komplikation der Lage entstanden ist, die geeignet sein dürfte, Verhandlungsvorläufe mit der Deutschen Volkspartei schon im Keime zu ersticken. Es ist nicht anzunehmen, daß diese mit einer Doppelvorlage — die zweite würde durch die neuen Koalitionsschritte eingekragt — sich einverstanden erklären würde, was den Rückzug aus der Regierung bedeuten würde.

Gelangt es dem Zentrum, die Bayerische Volkspartei für den neuen Deckungsplan zu gewinnen, steht die Weimarer Koalition; wenn nicht, kommt ein Rücktritt der Gesamtregierung in Frage mit der Reichsanstaltsaufhebung im Gefolge.

Das Finanzprogramm der Weimarer Koalition.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm den Bericht ihres Unterhändlers über die Verhandlungen der Parteien der Weimarer Koalition und der Bayerischen Volkspartei entgegen.

Diese Verhandlungen haben zu einem vollen Ergebnis geführt. Es bleibt zum größten Teil bei dem Finanzprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer. Insbesondere bleibt es bei der darin enthaltenen Umänderung über die Steuerentlastungen für das Rechnungsjahr 1931. Die Veränderungen, die zwischen den vier Parteien vereinbart worden sind, beziehen sich auf folgende Punkte:

Die Erhöhung der Wertsteuer für das Reich soll ganz in Wegfall kommen. Dafür sollen die Länder ermächtigt werden, Zuschläge zu erheben. Der dadurch für das Reich bedingte Ausfall an neuen Einnahmen in Höhe von 150 Millionen Mark soll aufgebracht werden aus dem in dem Programm des Ministers Dr. Molkenhauer vorgesehenen Beginn- und Benzolöl sowie einer entsprechenden Steuer, ferner aus der Mineralwassersteuer. Sieraus ergibt sich ein Betrag von 110 Millionen Mark. Der Rest von 40 Millionen Mark soll durch eine geringfügige Erhöhung der Umsatzsteuer aufgebracht werden, und zwar soll die Umsatzsteuer von 0,70 auf 0,80 Prozent erhöht werden. Außerdem wird eine Erhöhung der Selbststeuer ermoglicht. Ferner soll evtl. den Gemeinden das Recht gegeben werden, auf Spitzenweine eine Getränkeabgabe zu erheben. Die Kapitalertragssteuer soll am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft kommen.

Die Reichsregierung befehlt auf Finanzprogramm.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister der Finanzen leitete die Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichstages, in der mit der Beratung der neuen Steuergesetze begonnen wurde.

Der Reichsfinanzminister erklärte, es sei wichtig, einige Worte den Verhandlungen voranzuschicken, um zu verhindern, daß durch die Besprechungen der letzten Tage Verzerrung in die Verhandlungen gebracht würde. Die Reichsregierung habe dem Reichsrat ihre Deckungsvorlage sei Gegenstand der Verhandlungen. Er gebe diese Erklärung sowohl als Reichsfinanzminister wie auch im Namen des Reichsanstalters ab, der ihn ausdrücklich zu ihr ermächtigt habe. Die Regierung werde die Vorlage, wenn sie durch den Reichsrat verabschiedet sei, an den Reichstag bringen. Die jetzt im Gange befindlichen Besprechungen zwischen einzelnen Parteigruppen hätten, wenn überhaupt, dann lediglich für die Haltung der Parteien im Reichstag Bedeutung. Die Regierung denke nicht daran, in dieser Frage die Führung aus der Hand zu geben.

Des Freundes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Berger.

„Willehdt lebt er doch noch! Er mag nur verwundet sein. Wir müssen zu ihm!“ rief das Mütterlein leidenschaftlich aus, raffte sich auf und folgte dem Gatten.

„Schwischen war es auf der Dorfstraße lebendig geworden, und wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von dem Mord in Teerofen. Hatte die Semmelbäckerin nur die Vermutung ausgesprochen, Wilhelm Hartung könne der Erschossene sein, so erzählte der Schulzenknecht es schon als Tatsache, und bald zweifelte niemand mehr an der Richtigkeit dieser Behauptung.“

Auf der Agentur befand sich noch kein Brief. Man würde die Post abwarten müssen, die am neun Uhr kam. Die höchste Fieber etwas. Es hiß als ob sich noch ein paar Stunden gedauert. — Ein Telegramm aber gab der alte Förster auf alle Fälle auf.

Trotz der frühen Stunde eilte Karl Normann bereits auf seinem neuen Kappen durch das Dorf, um ebenfalls nach Postfragen zu fragen. — Er machte allerlei Vorlegungen und unterhielt mit Geldleuten eine lebhaftes Korrespondenz.

„Wilhelm Hartung erschossen!“ rief ihm der Gemeindevorsteher zu. — Die wenigen Worte übten eine ungeheure Wirkung auf den Affrikaner aus. — Der Rebeuhäufiger tot? — Was würde Grete sagen? — Er beauftragte diesen heimlichen Menschen nun nicht mehr zu fürchten. — Ob, das bedeutete einen Triumph für ihn, wie er ihn sich nicht grob artiger wünschen konnte! — Sofort strengte er nach dem Moorhof, um seiner Braut die Neuigkeit selber zu überbringen. — Weiden wollte er sich an ihrem Schmerz. — Ja, er wußte es ja, daß ihr die Botschaft sehr nahe gehen würde, denn der Jäger war noch nicht abgetan für sie, galt ihr weit mehr als ein bloßer Kindheitsgeliebter.

Grete arbeitete bereits seit zwei Stunden an der immer noch nicht fertigen Aussteuer. — In acht Tagen sollte

Young-Gesetze angenommen.

Sausinsstenerhypotheken für Wohnungsban.

— Berlin, 12. März.

Präsident Eöde eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Der deutsch-türkische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag wird in dritter Beratung einmütig angenommen. Einmütig verabschiedet wird auch der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Amtsdauer der Richter der Arbeitsgerichtsbehörden aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bis zum 31. Dezember.

Es folgt die Beratung des Einpruchs des Reichsrats gegen den Beschluß des Reichstages, wonach die Rückläufe aus den Sausinsstenerhypotheken wieder dem Wohnungsbau zugünstigt werden sollten. Der Wohnungsausschuß schlägt vor, den Beschluß des Reichstages durch die hierfür notwendige Zweidrittelmehrheit zu befähigen.

Verbunden mit der Beratung wird ein sozialdemokratischer Antrag über die reichsgerichtliche Festlegung der gesetzlichen Miete.

Nach kurzer Debatte befähigt der Reichstag seinen Beschluß über die Sausinsstenerrückläufe mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit, nämlich mit 421 gegen 42 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und kleiner Gruppen. Der Einpruch des Reichsrats ist damit erledigt. Die Anträge über reichsgerichtliche Festlegung der Miete werden abgelehnt.

Die Abstimmung über den Young-Plan.

Das Haus geht dann zu den Abstimmungen über die Younggeetze in zweiter Lesung über. Alle Fraktionen sind stark vertreten. Auch die Tribunen sind bis auf den letzten Platz gefüllt. Am Regierungstisch haben der Reichsanstalter und die meisten Kabinettsmitglieder Platz genommen.

Vor der Abstimmung gibt Abgeordneter Dr. Fr ü n i n g (Zr.) eine Erklärung ab. Darin heißt es:

„Der durch die neuerliche Entwidlung der Finanzverhandlungen, insbesondere aber auch heute noch durch bedauerliche Erklärungen nunmehr die letzte Gewähr gegeben ist, daß die als Voraussetzung für die Annahme der Haager Abkommen geforderte Sicherung der Finanzengänge erfolgen wird, daß rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen getroffen sind, hat sich die Reichstagsfraktion des Zentrums in ihrer Mehrheit entschlossen, den vorliegenden Gesetzen aus gemeinschaftlichen Erwägungen ihre Zustimmung zu geben.“

(Lebhaftes Aha-Rufe.) Abgeordneter Dr. Fr ü n i n g (Zr.), der mit großer Heiterkeit dem Hause begrüßt wird, erklärt dann für seine Fraktion:

„Der durch die neuerliche Entwidlung der Finanzverhandlungen zwar das Maß, aber nicht das Weis aus genügend festgelegt erscheint, werden wir uns der Stimme enthalten.“

(Allgemeine große Heiterkeit.) Es folgt dann die namentliche Abstimmung über den Artikel 1 des Gesetzes über die Haager Konferenz. Darin wird dem Pariser Sachverständigenplan und den Vereinbarungen über die Rheinlandräumung zugestimmt.

Gegen die Vorlage können die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlichnationalen, Heitsgemeinshaft, Wirtschaftspartei und Kommunisten, während sich die Bayerische Volkspartei der Stimme enthält. Artikel 1 wird mit 251 gegen 174 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen.

Auch über den Artikel 2 wird dann namentlich abgestimmt.

Artikel 2 enthält die Zustimmung zur endgültigen Fassung des Sachverständigenplans und zu den Einzelvereinbarungen über die Internationalen Bank, die Moratoriumsklausel usw. Artikel 2 wird mit 261 gegen 173 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen.

Angenommen werden auch die Artikel 3 und 4, die das deutsch-belgische Marktabkommen und die Räumungsamteile betreffen.

Das Reichsbahngesetz und das Reichsantkegesetz werden entsprechend den Vorschlägen des Ausschusses genehmigt, ebenso das deutsch-amerikanische Schuldabkommen.

Bei den Quantitätsabkommen findet eine getrennte Abstimmung über den Polenertrag statt.

Die Regierungsparteien können hier nicht einheitlich. Namentlich beim Zentrum werden nur wenige Ja-Karten abgegeben. Ein Teil der Fraktion enthält sich der Stimme, während ein anderer Teil rote Nein-Karten abgibt. Die Bayerische Volkspartei enthält sich der Stimme. Auch bei der Deutschen Volkspartei läßt ein Teil der Fraktion Stimmenhaltung, während die übrigen Abgeordneten das

ja doch die Sogelst gefeiert werden. — Ah, wie hätte das Bedauern sich so elend, so herabstehend, so unheimlich und dem großen Jäger, da es auf immer mit Karl Normann verbunden werden sollte! — Nein, ihr Sex gehörte ihm nicht, würde ihm niemals gehören. Das wozu die Unglückliche heute ganz genau. Wilhelm würde immer darinnen leben. — Hatte sie zu Anfang ihrer Brautzeit geglaubt, daß Karl ein durchaus ehrenwerter Mensch sei, den man achten müsse und den sie mit der Zeit auch lieb gewinnen könne, so qualte sie jetzt, da sie ihn genauer kannte, gar entsetzlicher Zweifel an der Lauterkeit seiner Denkart. Vor allem hiß sie keine hiesweisen geradezu brutale Verdränglichkeit ab. Er schien es, da er ihrer lieber sein durfte, nicht mehr für nötig zu haben, sich besonderen Zwang aufzuerlegen. Wie würde es erst in der Ehe sein! — Aber sie müßte sich in alles fügen, um der Eltern willen! — Gott verleihe sie gewiß nicht. Ihm wollte sie vertrauen. —

Erichte fuhr Grete in diesem Augenblick zusammen, denn ihr Verlobter hand unruhlich bei ihr. Neben dem Rattern der Wädhmaschine hatte sie sein Kommen überhört.

Nüchsig presste er einen Ruck auf ihre Stirn und sprach dann mit jeterlicher Miene in salbungsvollem Ton:

„Liebes Herz, verzeihe die frühe Sitzung. Aber ich habe dir etwas mitzutellen, das dich sehr betreffen wird. Weich ich ja doch, daß Wilhelm Hartung dir sehr gut, als du vor Gott und mit eigentlich verantworten kannst. — Du nennst ihn deinen treuesten Freund, obwohl er sich dir gegenüber durchaus nicht einwandfrei benommen hat.“

Ihre Augen weiteten sich, das weiße Zinnen entfiel ihren zitternden Händen, und entsetzt stieß sie aus:

„Wilhelm wurde verwundet — von Waidereit! — Oh, Karl — was ist geschehen?“

Söhnlich zuckte es um seine Mundwinkel, und in seinen Augen blitzte es auf von Haß und Eiferduld. — Ja, der Derrgott hat es nicht gewollt, fuhr er dann mit gebrochener Stimme fort, daß die Grete noch einem andern als dem dem reumütigen Bräutigam bezuglich. — Wilhelm ist tot! — Er wurde am Samstag abend von einem Waidereit — erschossen.“

Polenabkommen abzulehnen. Mit 224 gegen 207 Stimmen bei 30 Enthaltungen wird das Polen-Abkommen angenommen. (Hui-Rufe rechts.)

Ueber das deutsch-englische Liquidationsabkommen wird auch Sammelprüfung entschieden.

Reichsbankpräsident Luther.

Die Wahl des Generalrates der Reichsbank.

— Berlin, 12. März.

In der Sitzung des Generalrates der Reichsbank, die um 16.10 Uhr begann und bis gegen 18 Uhr dauerte, wurde Reichsanstalter A. D. Dr. Hans Luther einstimmig zum Präsidenten der Reichsbank als Nachfolger Dr. Schachts gewählt.

In die Stelle Dr. Schachts tritt Dr. Luther, an die Stelle eines Finanz- und Bankmannes, der im Laufe seiner Tätigkeit immer mehr zur Politik überging, ein Politiker, der das höchste politische Verantwortung innehatte und der nunmehr ausschließlich zum Bank- und Finanzspezialisten werden wird. Schon die Aufstellung der Kandidatur Dr. Luthers ist auf wenig Widerpruch gestoßen, und der neue Reichsbankpräsident wird also, nachdem seine Wahl vollzogen ist, wenig Stimmen in der Öffentlichkeit gegen sich haben. Was an dem ehemaligen Reichsanstalter Dr. Luther allgemein geschätzt wurde, waren seine großen organisatorischen Fähigkeiten, die besonders in der schweren finanziellen Krisezeit der Jahre 1923 und 1924 deutlich in den Vordergrund traten.

Wenn die Wirtschaftstriebe und wenn die Reichsregierung in der Nominierung Dr. Luthers zum Kandidaten des Volens für den Reichsbankpräsidenten einig waren, so galt solche Einigkeit nicht immer für den Politiker Dr. Luther. Er hat im Laufe seiner Regierungzeit und auch als er aus dem aktiven politischen Dienst ausgeschieden war, manchen Widerpruch gefunden gegen seine Außenpolitik von rechts, als er Stresemann in Locarno und Genf unterstützte, wegen seiner Innenpolitik von links während des ganzen Kurzes, den die Regierung Luther getrieben hatte. Die Einprüche gegen seine Tätigkeit hätten sich eben nicht gegen seine organisatorischen Fähigkeiten und seine Begabung auf neuartigenmäßigem Gebiet gerichtet, sondern gegen den Politiker Dr. Luther. Daraus erklärt sich auch, daß in den Regierungskreisen und bei den Parteien, die die Regierung Luthers, die Kandidatur Luther begünstigt wurde, als es sich um die Belegung eines der wichtigsten Posten, aber eben eines unpolitischen Postens, handelte.

Dr. Luther ist seit seiner Kandidatur zeitweilig Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft geworden — ebenfalls ein Posten, auf dem er seine organisatorischen Fähigkeiten zur Geltung bringen konnte. Er wird als Reichsbankpräsident ein außerordentlich weites Tätigkeitsfeld haben, wie es seinem lebhaften Arbeitsdrang entspricht. Und er wird, gerade weil er vorher an leitender politischer Stelle gestanden hat, wohl aus den Erfahrungen gelernt haben, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht machen mußte, als er in die Politik selbst eintritt. Infolge dessen wird die Wahl Dr. Luthers angedeutet, besonders der Erwartung, daß eine Persönlichkeits, deren Ausrichtung aus der aktiven Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu bebauen gemein wäre, an den richtigen Posten gekommen ist, und daß er selbst für diesen Posten die notwendigen Grenzen abteten wird.

Die See-Konferenz ein Fiasko?

Frankreichs Rolle in London.

— London, 12. März.

Das unablässige Drängen der französischen Delegierten bei der Londoner Plattenkonferenz auf Sonderabmachungen, durch die der freien See vor der Weltanwendung besonderer Sicherungen Frankreichs Vorteile gebracht müßte, treibt die an sich schon schwierigen Londoner Verhandlungen immer mehr ans rote Licht.

Eine Besprechung zwischen Briand und den Führern der englischen und der amerikanischen Delegation ist infolge der kargen Haltung Briands ergebnislos geblieben, und der von Frankreich immer wieder propagierte Gedanke eines Mittelmeerpactes scheint damit endgültig erledigt zu sein. Man spricht von der Möglichkeit einer besonderen Konferenz über die französischen Sicherheitswünsche. Das wäre für London ein Fiasko.

Da war es um den Rest ihrer Fassung gekommen. — Mit einem gellenden Schrei kam sie zu Boden und ließ in übergroßem Schmerz aus: „Karl, laß mich allein! — Es ist zu viel!“

„Ja, ja!“ riefte er mit wutverzerrtem Gesicht. „Ich habe es gewußt. — Und das ist die gerechte Strafe für deine Treulosigkeit. Ich hoffe, du wirst zur Bestimmung kommen und einsehen, was du mir angetan hast.“

Weiter kam er nicht, denn Frau Normann, die Gretes Nachbarin in der Küche genommen hatte, führte nun herein. Als sie geht, was geschähen sei, da geriet sie in aufrichtige Trauer und zugleich in peinliche Verlegenheit, ludte Karl verächtlich zu stimmen und ihr verwegenes Kind zu beurlauben. — Ah, das gab eine gar bewegte Szene! —

Grete schien weder die Mutter noch ihren Verlobten zu kennen. Inm Dorf, zu den alten Sattungs wollte sie. — Bei ihnen sei jetzt ihr Platz. — Es müßte kein Zutrudn. Sie war nicht zu halten. —

„Wie bist du?“ — Nur der eine Gebante erfüllte sie. — Mit bestimmten Mienen traten die greifen Hartungs ihr entgegen. Eine Nachfrist sei auch mit der Morgenpost noch nicht eingetroffen. Antwort auf das abgeanderte Telegramm müsse bald zu erwarten sein, eröffnete man ihr. Etwas Bestimmtes wisse man also bis dahin noch nicht, doch sei die Wahrscheinlichkeit, daß Wilhelm ein Opfer seines Berufes geworden, nicht gering.

Da regte sich ein klein wenig Hoffnung in Gretes Seele. Sie selber des Trostes so sehr bedurfte, vermochte zu trösten und zu beruhigen. —

„Daß doch die Minuten nicht gar so langsam dahinschlichen! Wie hörten alle drei gepannt auf jedes Geräusch da draußen, wie waren ihre Blicke angloht auf das rote Haus vor der Kirche gerichtet, an dem auf blauem Schilde ein goldenes Posthorn leuchtete. Gleich müßte ein Boot von dort mit dem heißerhnten Telegramm herüberkommen.“

Dies, diernmal war Grete schon in die Postagentur geeilt, um zu fragen, ob noch nichts da sei. — Einen Fernsprecher gab es in Talbede damals noch nicht. —

Gebudia warten, etwas anderes blieb nicht übrig. (Z. f.)

Die letzte Fahrt.

Beisetzung des Großadmirals von Trotha.

München, 11. März.

Bei herrlichem Wetter fand im Münchener Waldriedhof unter großer Beteiligung die Beisetzungsfeier für Großadmiral von Trotha statt.

Hinter dem Sarg folgten die nächsten Familienangehörigen sowie der Befehlshaber des Kriegskreises 7, Generalleutnant Leeb. Anwesenden hatten sich um einen gegenüber der Halle des Waldriedhofs aufgebauten Katafalk, der von einer großen Anzahl herrlicher Kranzspenden umgeben war.

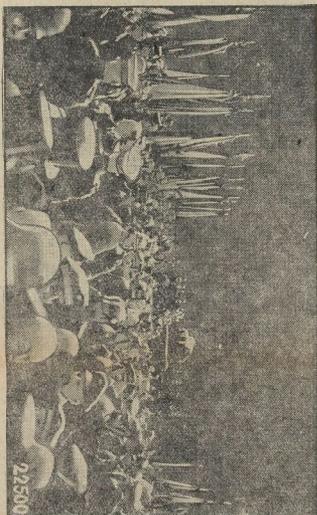
Die Teilnehmer der Trauerfeier

verammelt. Man sah u. a. den Kronprinzen Rupprecht von Bayern, den Prinzen Oskar von Preußen als Vertreter des Kaisers und die Minister Stügel und Girsner als Vertreter der bayerischen Regierung. Zu beiden Seiten des Katafalks hatten sich

zahlreiche Militär- und Marinevereine,

die vaterländischen Verbände und Studententorps mit ihren Fahnen aufgestellt. Der mit der Kriegsfahne besetzte lorbeerbekränzte Ehrenholzarg, auf dem Admiralshut und Degen lagen, wurde von der Lafette auf den Katafalk gehoben, während sich die Fahnen senkten und zu beiden Seiten des Katafalks Marineoffiziere und Stahlpfeinführer die Ehrenwache übernahmen.

Pfarrer Traub hielt sodann die Trauerrede, in der er darauf hinwies, daß Sinn und Inhalt des Lebens des Verstorbenen die Macht für Deutschlands Ehre gewesen sei. Er habe in der Flotte das Nützlichste getan für den Kampf seines Volkes. Der Seemann sei emporgewachsen zum Staatsmann. Er hinterlasse dem deutschen Volke und besonders der deutschen Jugend die Mahnung: Seid männlich und hart.



Nach dem Gebet des Geistlichen hielt Admiral von Trotha die Gedächtnisrede. Das Leben des Großadmirals sei voll echter Opferbereitschaft für ein freies, großes Deutschland gewesen. Er habe die Flotte ausgebaut, die im Weltkriege auch die stärkste Seemacht der Welt zum Erleben gebracht habe.

Im Aufzuge des Reichswahnenmüßers,

des Chefs der Seeresleitung, General Hoye, und der Bayerischen Reichswahnenkommission, wadmte deren Führer, Generalleutnant Leeb, dem Großadmiral Kranzspenden unter Hinweis auf die Schiffsbauverbundenheit von Meer und Marine und mit dem Danke der Reichswehr an den Schöpfer der deutschen Flotte.

Das Lied vom Guten Kameraden erklang, die Fahnen senkten sich, und nun legte sich

die Leichenparade

nach dem Grabe in Bewegung. Die Grabstätte befindet sich an einer wundervollen, mit mächtigen Tannen besetzten Stelle mitten unter den Krieggräbern. Unter Wangen der militärischen Ehrenpforte wurde der Sarg in das Grab geleitet. Damit hatte die Beisetzungsfeier, zu der auch Mannschaften von der Norddeutschen, der Infanterie und der Flotte abgeordnet waren, ihr Ende erreicht.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kernberg, den 12. März 1930

Der kommende Sonntag ist bekanntlich im ganzen Reiche als **Volkstrauertag** zum Andenken an die im Weltkriege Gefallenen bestimmt. Auf Ansuchen des Volksbundes deutscher Kriegerverbände e. V. ist nun vom Preussischen Minister des Innern verfügt worden, daß für diesen Tag Vereiner von dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel stattdessen soll soweit die Gewände dafür gegeben ist, daß die Versammlungen sich im Rahmen eigentlicher Trauerkundgebungen halten und nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Der Einbrecher Wertens, der vor kurzem in Wolfen verhaftet wurde, ist gestern nachmittag wieder entpflanzt. Er sollte von Halle nach Wittenberg überführt werden und sprang zwischen Bergwitz und Pratau aus dem Zuge.

* Zum Viehmarkt am 8. März 1930 waren 214 Ferkel und 6 Läufer aufgetrieben. Die tatsächlich gezahlten Durchschnittspreise betragen: 34.— RM für 4 Wochen alte Ferkel, 38.— RM für 6 Wochen alte Ferkel, 45.— RM für 8 Wochen alte Ferkel. Läufer wurden mit 60 RM bezahlt.

Leunawerke. (Puffschifferei im Leunawerke). Der frühere Arbeiterratvorsitzende des Leunawerkes, Reichstagsabgeordneter Schmitt und sein Kollege Sander versuchten

an der Südseite des Werkes über die Mante hinwegzukommen, um im Werte im Auftrage der RHD einen Betriebspuffschiff, ähnlich wie bei Opel, zu installieren. Beide wurden aber von den Wächtern erkannt und gefesselt. Obwohl beiden bekannt ist, daß die Verlesung damit droht, bei Störung der Ordnung im Betriebe sofort das ganze Werk stillzulegen, die gesamte Belegschaft zu entlassen und Wiederbefreiungen nach Günstigen und zu eigenen Bedingungen vorzunehmen, verließen sie ihr unheilvolles, geradezu verbrecherisches Spiel mit dem Schicksal der Leunawerker zu treiben.

Kursus für Militärinterpreten zur Erweiterung der Berufswahl. Für die Zeit vom 21. bis 27. März werden von der Universität Halle-Mitterberg in Einernehmen mit dem Provinzialschulamt in Magdeburg und der Unterrichtsverwaltung des Freistaates Anhalt die Abiturienten der höheren Schulen der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt zu einem Kursus nach 50 Stunden im geschlossenen, der einen Lehrkurs über die von den einzelnen gewählten Studienfächer geben und den Militärinterpreten, soweit sie sich nicht für ein bestimmtes Gebiet entschlossen haben, bei der Berufswahl behilflich sein soll. Im Anschluß an den Kursus werden Vorträge durch die wichtigsten Fachlehrer und Unterrichtsbeamte wie Kliniken, Seminare usw. stattfinden. Für den 24. März ist ein Besichtigungsgang in den ersten drei Klassen des Kadettenheeres Talsow vorgesehen. Am 25. März veranstaltet die Stadt Halle einen halbtägigen Abend. Am Abend des 26. März endlich ist im Stadttheater eine Vorstellung für die sich an dem Kursus beteiligenden Matrikel vorgesehen, und zwar zum Einheitspreise von 2,10 Mark pro Platz.

Halle, 12. März. Zu Beginn der Mitteldeutschen Hafen-A.G., gegründet von der Stadt Halle zur Förderung der halleischen Schiffsahrtinteressen, und ausstehenden Lieferverträgen wurde ein Vertrag über den Bau einer Delgrotzant- und Umfahlanlage im Hafen Halle-Trotha abgeschlossen. Durch die Anlage soll bezweckt werden, Betriebsstoffe auf der Saale bis nach Halle heranzuführen und von hier der halleischen Verbraucherstadt sowie dem länd- und mitteldeutschen Hinterland zuzuführen. Die von Halle-Trotha umfahlanlage Betriebsstoffarmen wesentliche Ersparnisse einzubringen und durch entsprechende Senkung der Betriebsstoffpreise auch der gesamten Verbraucherstadt zugute kommen. Die Reichsbahn wird hierbei den Vorteil haben, von Halle-Trotha aus ein neues Massengut nach Mittel- und Süddeutschland übernehmen zu können. Die Mitteldeutsche Hafen-A.G. verleiht bereits wieder weitere Bauverträge und Industrieforderungen, die auf dem gleichen Wege zur Durchführung gebracht werden sollen.

Hörselleben bei Magdeburg, Großfeuer. In Hörselleben entstand in der Nacht in dem Dreifamilienhaus des Kaufmanns Schmidt Großfeuer. Der Brand war in einem im Erdgeschoß befindlichen Gemüschwarengeschäft ausgebrochen und hatte sich bereits bis zum zweiten Stockwerk in die noch im letzten Schlaf lagen. Es konnten nur im letzten Augenblick durch Feuerlehrer und Nachbarn aus dem brennenden Hause gerettet werden. Die Vorfahrten der Feuerwehren aus Hörselleben und Schöningen waren durch Wassermangel und wegen nicht ausreichenden Schlauchmaterials sehr erschwert. So gelang teilweise große Gefahr für die Nachbargebäude, die gerade noch werden mußten. Das Haus des Kaufmanns Schmidt führte gegen Morgen in sich zusammen. Drei Familien haben durch den Brand ihr Heim und ihre Habe verloren. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden.

Nach Dürrenberg, Feiertaglichkeiten. Auf der Rautischen Saline wird schon seit Wochen nur fünf Tage in der Woche gearbeitet. Da die Vorräte immer noch eine Stapelmengung von 45 000 Zentner aufweisen, hat man von den zehn Siebehältern vier stillgelegt.

Denken bei Weiskensfeld, Schrecklicher Berufs-unfall. Der Wandwarter Hadritz aus Teichern wurde in der Bleifabrik der Grube „Kamburg“ von der Transmissionsrolle. Man fand ihn mit ausgetretenem Arm, gebrochenen Rippen und Beinen inmitten der Verletzungen auf und brachte ihn ins Krankenhaus, wo er bereits gestorben ist.

Koisch, Kupferdiebstahl ohne Ende. Kupfer und Kupferdraht nehmen eine besondere Wichtigkeit an sich. Nachtraglich ist bereits von Kupferdrahtdiebstahl. Kurzlich wurde wieder ein solcher Kupferdrahtdiebstahl ausgeführt, und zwar schämten nachts Unbekannte von einem außer Betrieb befindlichen Wagger der Königlich Zuderkabrik aus den dort befindlichen drei Leitungen von je 180 Meter Kupferdraht heraus und schlepten ihn fort. Die Fahrlast hat eine Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Mingerode (Unterweißfeld), Raube totgefahren. Das dreijährige Schöndes des Galtwirts Kimmeyer wurde von einem Motorradfahrer angefahren. Der Gesattel des Motorrades dem Reiten in den Kopf drang und abdrückte, mußte er einer Gattlinger Klinik zugeführt werden, in der er seinen Verletzungen erlag.

Berka (Berka), Jahreliche Kindererkrankungen. Aus allen Orten des Berkaales kommen Fragen über zunehmende Erkrankungen der Schulkinder. Vor allen Dingen treten Hals- und Mandelentzündungen sowie Giegepneumie auf. In den meisten Schulen fehlen 25 Prozent der Schulkinder.

Rehra, Scherben bringen — Unglück. Erhebliche Schnittwunden, durch die u. a. mehrere Sehnen getrennt wurden, trug eine Frau davon, als sie kürzte und dabei einen Porzellantopf zerbrach. Hilfe war sofort zur Stelle.

Hoffels (Höhen), Der Gerichtsvollzieher brachte den Tod. Als der Vollziehungsbeamte wegen rückständiger Steuern beim Landwirt Hofmann in Saugendorf zwei Kühe und ein Schwein pfänden wollte, geriet die Frau darauf in Erregung, daß sie einen Schlaganfall erlitt und kurz darauf starb.

Schulau, Turnhalle abgebrannt. In der Nacht brach in den Wirtschaftsgewölbden Turnhalle des Turnvereins Schulau Großfeuer aus unbekannter Ursache aus. Der Brand entzündete in den Bodenräumen und fand in dem dort lagernden Bühnenmaterial reiche Nahrung. Er verbreitete sich rasch auf das gesamte Anwesen und stürzte es bis auf die Grundmauern ein. Das Anwesen, das aus Turnhalle, Kantine und Wirtschaftsgewölben bestand, war erst im Jahre 1924 erbaut. Der Turnverein hatte ein reichhaltiges Theatermaterial, das vollständig vernichtet wurde.

— Verhaftete Schwarzfänger. In den Monaten Oktober bis Dezember 1929 sind wegen nicht genehmigter Errichtung oder nicht genehmigten Betriebes von Funtanlagen 135 Personen rechtskräftig verurteilt worden gegenüber 204 in gleichen Zeitraum des Jahres 1928 und gegenüber 217 in den Monaten Juli-September 1929. Abgesehen von der Einziehung des vorgehaltenen Zuntgeräts ist zum Teil auf empfindliche Strafen (bis zu 100 Mark) erkannt worden.

Greiz, Radelstiche der bösen Buben. Junge Erwerbslose, die anscheinend nicht wußten, wie sie die Zeit „losgelassen“ sollten, kamen hier auf den Freizeitanlagen Gedankten, sich ein Vergnügen dadurch zu bereiten, daß sie andere mit Radelstichen bedachten. Das führte sie auch aus, wozu ihnen Anmahnungen und Menschengebänge besonders günstig waren, und pieten ihre lieben Mitmenschen, gleichgültig ob Mann, Frau oder Kind, mit spitzen Nadeln, mit Vorliebe in Waden und — Gesäß. Viele der so Mißhandelten schickten Besondere bei der Polizei, der es nunmehr gelang ist, vier dieser Radelstiche, Erwerbslose im Alter von 22 und 23 Jahren, zu ermitteln. Sie werden Gelegenheit bekommen, über ihre Mißtaten nachzudenken.

Leipzig, Die Mahagoni-Oper auf dem Motorcad. Als der Zimmermann Ludwig seine in Greiz wohnhafte Ehegattin mit dem Motorcad nach Halle fuhr, wurde diese von einem plötzlichen Unwohlsein befallen und verlor die Besinnung. Infolgedessen stürzte die Frau vom Rade. Der Sturz war so schwer, daß die Verunglückte einen doppelten Schlag erlitt. Dem Fahrer war es nicht möglich gewesen, rechtzeitig zu halten.

Leipzig, Die Mahagoni-Oper wird weiter ausgeführt. Wie berichtet wurde, hat ein Teil der Besizer der Leipziger Oper die Mahagoni-Oper, Text von Bretz, Musik von Weiß, ausweitend abgelehnt. Die Intendantin der Städtischen Oper teilte auf Anfrage mit, daß es sich nicht um eine Ablehnung, sondern nur um eine zeitliche Ausnahmemaßnahme der Oper durch das Publikum handele, also um einen amtierenden Erfolg. Die Mahagoni-Oper werde auf dem Spielplan bleiben, lediglich mit der Maßgabe, daß sie nicht als Anrechtsvorstellung angelegt werde. Dagegen sind die Anrechtshaber auf Wunsch der Besizer der Oper zu Anrechtshabern ermöglicht worden.

Wiesersleben, Großer Mühlenbrand im Ostharz. Im benachbarten Wiesleben brannte die Frachtmühle nieder. Das im ganzen Ostharz bekannte, drei Stock hohe Mühlengebäude wurde vollständig vernichtet. Es gelang lediglich die Mühlengebäude zu retten. Zur Untersuchungslage wird vermutet, daß in einem Lüftungsschornstein ein Windfänger, der die frische Luft von den Mäslinchen ablenkt hat, durch Anschlag Funken bildete, die den Mühlenbau zur Entzündung und Explosion brachten. Im Mühlengebäude sind sämtliche Maschinen zerstört und etwa 600 Zentner Mehl und Getreide vernichtet.

Bad Schandau, Einmissetbetrüger. In einer fliegenden Fremdenpension hatte sich vor einiger Zeit ein angeblich Schweizer und Oberleutnant a. D. v. Pannschow eingestellt. Die Besizerin des Fremdenpensions um 100 Mark betrogen und war dann geflüchtet. Wie nunmehr festgestellt wurde, handelt es sich um den 30 Jahre alten in Piesnitz geborenen Kaufmann und Schriftsteller Walter Oebel. Er ist vermutlich über die tschechische Grenze entkommen.

Leipzig, „Gefangen von schlechtem Mann“ Im Innern einer Applique wurde von einer Käuferin ein Ferkel mit der Aufschrift: „Gefangen von schlechtem Mann, bitte um Hilfe, Paris, Jona“, gefunden. Offenbar handelt es sich um einen Esch, da die Ferkel auch die Aufschrift der Entbindung des Ferkels um in derselben Verfassung waren und den Transport von Jona nach hier nicht zu überstanden hätten.

Gleimitz, Einbruch im Postamt 16 aufgefakert. Wie gemeldet, ist vor kurzem ein 23jähriger Einbrecher in eine Parterwohnung der Heinrich-Beck-Straße eingedrungen und bald darauf verhaftet worden. Der Verhaftete ist bis jetzt zu weiteren drei Einbrüchen als Täter überführt worden, u. a. auch zu dem in der Nacht zum 3. Februar in dem Postamt 16 verübten Einbruch.

Wanzen, Ihren Verletzungen erlegen. Im hiesigen Krankenhaus erlag die 53jährige Rentnerin Clementine Niemegeyer, Osttrake wohnhaft, den schweren Brandwunden, die sie sich durch Explosion einer Dettanone beim Feueranmachen zugezogen hatte.

Harstenfeld, Bierauto beladung ein Haus auf der Straße geriet. Ein mit 80 Zentner Bier beladene Volkstragenwagen der Zwiander Vereinsbrauerei in der Langestraße ins Schlenker und prallte heftig gegen das Haus Martz. Heftige Wucht beschloß sich, daß eine Eise samt dem Schwenker eingedrückt wurde und das schwer beladene Haus geriet wieder um. Erst nach vier Stunden konnte der Wagen flottgemacht werden. Personen sind bei dem Vorkall nicht zu Schaden gekommen.

Starkbierzen

Der Schaden der Ereignis reißt das ganze Jahr nicht ab. Wohl ist der Feldjahrstrahl nördlich und am Äußersten noch hat man in den Lokalen eifrig daran gearbeitet, die ihres tarneulischen Schmunds zu entleeren. Aber schon zieren sich dieselben oder andere Lokale aus neue, frischgrüne Guitlandern schlängen sich um die Eingangstüren, farbige Plakate animieren zum Besuch, die Starkbierzeit hat an. Ähnlich wie die Fainachzeit geht ja auch der Herbst des frühjahrlichen Belohnungsfrunktes weit in die Zeitstunden zurück. Hat man früher den Schinken oder Metzwant als eine giftigste im Frühjahr sich wiederholende Kur zur Verjüngung und Erneuerung der Körperkräfte unternommen, so ist der Ausbruch der Starkbierzeit jetzt Jahrzehnten eine Leistung geworden, bei der nicht nur die Brauereien benehnen wollen, daß sie schwere, süßige, süße Biere von erlesener Qualität und Würze herstellten können, sondern ganz allen Erntes so mancher auch heute noch unter der Vorkellung oder Einbildung liegt, daß er die ausgiebige Beteiligung an dem frühjahrlichen Starkbierfrunk seiner Gesundheit und seinem Wohlstande schuldig ist.

Kirchliche Nachrichten.

Die Bibelstunde in dieser Woche fällt aus Prof. Bertram. Freitag dieser Woche, den 14. d. Mis., abends 8 Uhr bei Herrn Gerstbeck, Nebenzimmer **Bibelstunde.** Hierzu ladet herzlich ein Pfarrer Ahmus.

Markt **„Blauer Hecht“** Markt

Am Sonntag, abends punkt halb 9 Uhr

Harald Lloyd
in seinem schönsten und größten Filmwerk

Harald
der Pechvogel

Acht gewaltige urkomische Akte
Lloyd-Filme sind die besten der Welt!

Die Filme Harald Lloyds sind ein Kapitel für sich. Urkomische Situationen reihen sich zu einer heiteren, immer spannenderen Handlung aneinander und lassen jeden für einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen. Auch dieser Harald Lloyd-Film wird seine Schuldigkeit tun. Sie werden zufrieden sein.

Außerdem

ein gutes und reichhaltiges **Beiprogramm**

Nachmittags 4 Uhr
Kinder-Vorstellung
Eintritt 30 Pfennig

Prima **Sammel- und Rindfleisch** empfiehlt

Rich. Krausemann Nachf.
Fab. Heinrich Schneider

Schlachte eine junge fette **Kuh** und verkaufe ab Freitag mittag

Kochfleisch Pfd. 80 Pfg.
Schmorfleisch Pfd. 1 Mk.
Albert Albrecht, Reuden

Volkswohl-Lotterie
für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung:
10. bis 16. April 1930

Gewinne im Werte von 430.000 M.

2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50.000 M.
2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25.000 M.
2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20.000 M.
2 Hauptgewinne: Zwei Reisen um die Welt im Werte von je 10.000 M.
4 Hauptgewinne im Werte von je 5.000 M. und 40808 andere Gewinne.

Auf Wunsch 90% in bar

Los 1 M., Doppellos 2 M.

Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Konfirmationsgeschenke
von bleibendem Wert!

Für die Konfirmandin
Armbanduhren
Kolliers
Ringe
Halsketten
Ohringe
Broschets
Börsen
Armbänder

Für den Konfirmanden
Taschenuhren
Armbanduhren
Uhrketten
Bierzipfel
Manschettenknöpfe
Ringe
Silberne Füllfederhalter
Silberne Bleistifte

Größte Auswahl in allen Preislagen und Qualitäten!

Leder-Handtaschen
zu herabgesetzten Preisen

Kleine Konfirmations-Geschenke
in Silber, Alpaka und Kristall

Bitte besichtigen Sie meine Schaufenster
Lagerbesuch ohne Kaufzwang erbeten

Otto Leibniz, Uhrmacher
Kemberg, Leipziger Straße 35

Schützenhaus

Freitag und Sonntag abends 1/2 9 Uhr
der wunderbare Wiener-Großfilm

Im Prater
blüh'n wieder die Bäume

Im Herzen des schönen Oesterreich, dort wo in sanfter Krümmung die blauen Fluten der Donau ziehn, wo die goldene Kugel vom Stefansdom leuchtet und verwehte Walzerklänge um alte traumliche Winkel geistern, **dort ist Wien,** die ewige Stadt der Liebe und der Lieder! Von dort klingt eine holde Mär . . . ein verblichener Traum . . . ein Roman aus alten Tagen . . . Ein heiter-ernstes Filmspiel von Liebesglück und Liebesweh des süßesten

Mädels von Wien

„Im Prater blüh'n wieder die Bäume, es leuchtet ihr duffiges Grün! Drum küsse mich, nicht säume, denn Frühling ist wieder in Wien.“
Ein Walzerlied — Ein Wiener Lied.
Herrliche Wiener-Walzer, mit **Gesangs-Einlagen**, werden den schönen Film würdig einrahmen

Hierzu: ein gutgewähltes reiches Beiprogramm

Empfehle

Kohl

Rot-Weiss-Wirsing-Blumen-Rosen-Grün-
Bananen, Feigen
Apfelsinen, Mandarinen
Zitronen, Rettiche
Mohr-, Kohl- und rote
Rüben
Kohlrabi Zwiebeln
Sellerie, Suppengrün
Petersilie, Knoblauch

Dito Quinque, Kreuzstraße 15
Verkaufe vorausichtlich **Freitag ab Waggon prima**

poln. Roggentleie
(10½) Ztr. 5,40

Saeckel, Stadtmühle
Junge frischmehlende

Leinefuh
steht zum Verkauf
H. Dietrich, Weinbergstraße 22

Gejangbücher
in neuesten Mustern und versch. Preislagen empfiehlt
Richard Arnold

Bruteier
(Barnesfelder) gibt ab
Schulze, Dübener Straße

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlindeendes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold
Bund deutscher Kriegsteilnehmer u. Republikaner e. V.
Ortsgruppe Kemberg
feiert am **Sonabend, den 15. März,** von abends 7 1/2 Uhr an im Gasthof „Zur goldenen Weintraube“ sein diesjähriges

Stiftungsfest
bestehend aus **Konzert, Theater und Ball**
Aufgeführt wird
Der wilde Horst
Operette von Klamm u. Sander Musik von Jul. Jahring
durch die Theatergruppe Wittenberg
Die Einwohner von Kemberg und Umgegend sind hierzu herzlich eingeladen.
Der Vorstand

Morgen Donnerstag
empfehle von 3 Uhr ab in feinsten Qualität:

Windbeutel u. Schillerlocken mit Schlagsahne
Cremeschnitte
Apfelstrudel
Plunderhörnchen

Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Apfelsinen
20 Stück 1.— RM

Weißkohl
10 Pfd. 70 Pfg.

Blumenkohl
Kopf 40 Pfg.

Emma Reinecke, Anhalterstr.

Gemüse- u. Früchte-Konserven
10% unter Listenpreisen empfiehlt
Rudolf Huhn
Eine Grube
zu verkaufen **Leipzigerstr. 4**

Dünger
zum Stricken werden wieder angenommen
Frau Helene Heinrich,
Weinbergstraße 6 I

Frisch eingetroffen
Bratheringe
Rollmöse Sardinen
Bismarckheringe
Hering in Gelee
Lachs in Oel
Herings- und Fleischsalat
Saure Gurken
Pfeffer- und Senf-Gurken
Büdinge und Sprossen
bei
Otto Quinque, Kreuzstraße 15
8 Schok trockene
Reisigbund
gibt ab **Kotta Nr. 56**

Haarausfall!
Haarantheilheiten, Schuppen werden verhütet, dünnes Haar wird voller durch regelmäßigen Gebrauch von **Kumbachs weltberühmter Haartinktur.**
Seit 39 Jahren tausendfach bewährt. Wertlich empfohlen, gel. gef. sch. Preis 3.— Zu haben im **Friehengeschäft Walter Morawiek**

Achtung!
Auf der **Ateriger Gemeinde-**flur ist
Gift gelegt.
Die Jagdpächter.
Kleinkaliber-Schützen-Berein
Mittwoch, den 12. März, abends 1/9 Uhr im **Balmbaum**
General-Versammlung
Der Vorstand

M.-T.-V.
Donnerstag, den 13. März, abds. 1/9 Uhr im **Balmbaum**
Bersammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ersch. ist wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreise: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Anzeigenzeile 10 Pfg., Ausstellungsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedinglich gesicherter oder durch Verapreiser aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zusätzl. Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 30

Donnerstag, den 13. März 1930

32. Jahrg.

Ein Damenfahrrad

ist als gefunden gemeldet worden
Kemberg, den 10. März 1930.

36) Die Polizeiverwaltung.

Die Anfuhr von Lichtmasten

(etwa 9 1/2 fm) aus dem Stadtfort Oppin ist zu vergeben. Verschlossene Angebote sind mit der Aufschrift „Lichtmastenaufsuhr“ bis zum 15. März einzureichen.
Kemberg, den 11. März 1930.

37) Der Magistrat.

Beschluß.

Auf Grund des § 145 Abs. 2 VStG. in Verbindung mit § 16 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 (siehe ich hiermit sämtliche Polizei-Verordnungen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kreis- und Ortspolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind, mit Ausnahme derjenigen Polizei-Verordnungen, die die Strom-, Schiffsfahrts- oder Hafenpolizei betreffen, mit Wirkung vom 1. Mai 1930 außer Kraft. Dieser Beschluß bezieht sich auch auf diejenigen vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizei-Verordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.
Berlin, den 20. Februar 1930.

38) Der Minister des Innern.

Grasinski.

Neues in Kürze.

* Die Younggelehe wurden im Reichstag in der zweiten Lesung von den Regierungsparteien bei Stimmhaltung der Bayerischen Volkspartei angenommen.

* In der Sitzung des Generalrates der Reichsbank wurde der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hans Luthke einstimmig zum Reichsbankpräsidenten gewählt.

* Falls das Finanzprogramm der Regierung seine Mehrheit finden sollte, wird von den Parteien der früheren Weimarer Koalition und der Bayerischen Volkspartei eine neue Denkschrift eingebracht werden.

Schluß der Youngausprache.

Abstimmung auf nächste Sitzung verlag.

Berlin, 11. März.

Die zweite Lesung der Young-Gelehe wird fortgesetzt.

Abgeordneter Schneller (Komm.)

beipricht das Reichsbankgesetz. Die Sozialdemokraten, die zuerst harte Bedenken vorgebracht hätten, seien jetzt vollkommen zurückgewichen. Die Unabhängigkeit der Reichsbank verleihe die Abhängigkeit vom Finanzkapital.

Abgeordneter Schiele (Dnt.)

erklärt, die einseitige Wirtschaftspolitik und die ausanoverschuldung hätten dazu geführt, daß wir in den letzten sechs Jahren für 17 Milliarden Lebensmittel eingeführt hätten, obwohl davon für mindestens 10 Milliarden auf der eigenen Scholle erzeugt werden konnte. Die Landwirtschaft ist am Ende ihrer Kräfte. Im Osten sei die Notlage der Landwirtschaft zu einer nationalpolitischen Gefahr geworden. Im Westen mache das Meer der Arbeitlosen, im Osten die Entvölkerung. Polen sei demgegenüber bestrebt, in planmäßiger Arbeit einen nationalbewußten polnischen Bauerarm gegen das Deutschium zu schaffen. Unter diesen Umständen sei das Polenabkommen vollkommen untragbar.

Abgeordneter Gras zu Calenburg (Dnt.)

weist darauf hin, daß selten eine Vorlage so heftig kritisiert worden sei wie der Polenvertrag. Sowohl wirtschaftliche wie politische Gründe sprächen gegen die Annahme dieses Abkommens. In der Hauptsache werde dadurch das Polentum gefährdet.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

ernübert dem Abgeordneten Schiele, daß die Deutschnationalen für die Damespolitik die halbe Verantwortung zu tragen hätten. (Murmur und Widerspruch rechts.) Es habe nicht nur ein großer Teil der Fraktion für die Damespolitik gestimmt, sondern die Deutschnationalen seien auch lange Zeit an dieser Politik beteiligt gewesen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Im Gegensatz zu den früheren Regierungen habe gerade die jetzige Regierung im Interesse der Landwirtschaft wirklich entscheidende Fortschritte erzielt. (Großer Lärm rechts.) Im übrigen dürfe nicht vergessen werden, daß die Krise in der Landwirtschaft eine Welterscheinung ist. Nach vor wenigen Tagen habe die Reichsregierung erneut zur Lage der Landwirtschaft Stellung genommen und entscheidende, eingetragene Maßnahmen vorbereitet. Die Minister teilte mit, daß der Handelsvertrag mit Polen vor-

auschließlich in den nächsten Tagen paradiert werde. (Hört! hört! rechts.) Die Landwirtschaft habe keinen Anlaß, sich über diesen Vertrag zu beklagen. Es seien alle Sicherungen eingebaut, auf die die Landwirtschaft Anspruch erheben könne.

Bei dem Liquidationsabkommen mit Polen dürfe man nicht außer acht lassen, daß es sich auch um den Schutz der Wirtshauswirtschaft handelt. Den verfassungsgewandten Charakter des Polenabkommens habe die Regierung verneint. Der politische Zusammenhang mit dem Youngplan ergebe sich notwendig aus den Empfehlungen der Pariser Sachverständigen. Was durch das Liquidationsabkommen nicht erreicht sei, könne durch künftige Wirtschaftsverhandlungen nachgeholt werden.

Unter lärmenden Rufen der Rechten erklärt der Minister, daß durch eine vorläufige Haltung der deutschen Minderheit in Polen, die sich nicht feilschender Äkte gegenüber dem polnischen Staat schuldig machen dürfe, alle diese Dinge wesentlich gefördert werden könnten. Durch die polnische Agrarreform würden die deutschen Ansetzler nicht berührt. Auch für den Großhandel seien entsprechende Zusicherungen von der polnischen Regierung gemacht worden. Ausdrücklich betont der Minister, daß durch das Abkommen Deutsch-land keinerlei nationalen Anspruch preisgebe. Aus der Verkündung über die wirtschaftliche Not im Osten heraus dürfe man nicht das Gegenteil denken tun, was für den



zum Hochverrat gegen die kommunalistischen Abgeordneten Schneller, Kromele, Madalena, Ubricht, Rippenberger, Bentele und Strödel sowie gegen den Abgeordneten Dr. Goebels (Nat.-Soz.), ferner wegen Religionsvergehens gegen den Abgeordneten Feder (Nat.-Soz.), wegen Verleumdung gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Buch und Dr. Goebels und zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen seiner Haltung beim Volksbegehren gegen den Abgeordneten Berndt (Dnt.). Die Hochverratsverfahren sollten mit Ausnahme im Falle Schneller nicht vor der Sommerpause des Reichstages stattfinden.

Die Anträge des Ausschusses werden nach kurzer Debatte mit 288 gegen 63 Stimmen mit 57 Enthaltungen der Deutschnationalen genehmigt.

Das Haus verlag sich dann auf Dienstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmungen zur zweiten Lesung der Younggelehe, ferner das Preisgesetz.

Was wird nun?

Weimarer Koalition? — Ausscheiden der DVP?

Berlin, 11. März.

Die Deutsche Volkspartei steht angesichts der scharfen Kritik, die nach wie vor namentlich von den Sozialdemokraten und auch der Bayerischen Volkspartei an dem Wobdenhauerischen Steuerleistungsprogramm geübt wird, in einer schwierigen Lage.

Daß am Mittwoch unvorbereitet die letzte Abstimmung über die Young-Gelehe stattfinden soll, ist zwischen Reichsregierung und sämtlichen Regierungsparteien fest vereinbart. Eine klare Markierung hat man zuerst weder bei der Regierung noch bei den Parteien. Von einer Auflösung des Reichstags ist bisher noch keine Rede gewesen.

Festzuhalten scheint jedoch, daß die Regierung nicht die Absicht hat, bei der Abstimmung in der dritten Lesung die Vertrauensfrage unter Hinweis auf ihr Finanzprogramm zu stellen, wie das ursprünglich verlautete.

Inzwischen sind zwischen den Parteien der Weimarer Koalition bereits Besprechungen eingeleitet worden mit dem Ziel, innerhalb dieser Parteien und mit Einschuß der Bayerischen Volkspartei eine Einigung über die schwebenden Finanzfragen herbeizuführen. Die drei Weimarer Parteien wollen versuchen, ein neues Finanzprogramm aufzustellen, das unter Verzicht auf die Viersteuer eine entsprechende Erhöhung der direkten Steuern enthalten soll. Das würde der DVP, den Beitritt ermöglichen. Man hofft, damit noch bis Dienstag fertig zu werden, so daß dann das Zentrum am Mittwoch den Young-Gelehen zustimmen könnte.

Für die Deutsche Volkspartei wäre ein derartiges Finanzprogramm unannehmbar. Es würde den sofortigen Austritt der Deutschen Volkspartei aus der Regierungskoalition zur Folge haben. Die beiden volksparteilichen Reichsminister Curtius und Wobdenhauer würden ihre Ämter dann wohl ohne Zweifel alsbald niederlegen.

Durchführung des Finanzprogramms mit Hilfe des Paragraphen 48?

Die Besprechungen tragen keinen offiziellen Charakter, werden aber voraussichtlich doch noch weiter fortgesetzt werden, da man unter allen Umständen Mittel und Wege sucht, dem Zentrum die Zustimmung zum Youngplan und den übrigen Haager Abmachungen zu ermöglichen. Nach welcher Richtung hin das Wobdenhauerische Finanzprogramm dabei Änderungen erfahren wird, läßt sich bisher noch nicht sagen, da einzuweisen von allen beteiligten Fraktionen lediglich ihre Sonderforderungen präsentiert wurden. So verlangen beispielsweise die Bayern Verzicht auf die Biersteuererhöhung, für die als Ersatz die Erhöhung der Umfahrsteuer auf 1 v. H. vorgeschlagen wird. Umgekehrt fordern die Sozialdemokraten nachdrücklich Verzicht auf jedes Steuerleistungsprogramm, im Gegensatz zu den Vertretern der Demokraten, die hierzu an hartnäckig festhalten.

Wie von bestunterrichteter Seite berichtet wird, werden die Verhandlungen nicht etwa lediglich mit dem Ziel geführt, eine Art Billigungsformel zwischen den vier Parteien zu vereinbaren. Sie hätten vielmehr den positiven Zweck, ein vollständiges Finanzprogramm fertigzustellen, auf dessen Durchführung sich die unterhandelnden Parteien fest verpflichten sollen. Es besteht die Absicht, spätestens im Laufe des Dienstag das neue Finanzprogramm der DVP vorzulegen und von ihr hierzu ein klares Ja oder Nein zu verlangen. Nach Lage der Dinge kann es aber nicht zweifelhaft sein, daß die Deutsche Volkspartei eine eindeutige Abgabe erteilen dürfte, voraus sich ohne weiteres die Konsequenz des sofortigen Austritts Wobdenhauers ergeben würde. In Kreisen der Sozialdemokratie wird bereits damit gedroht, daß in diesem Falle die Regierung Müller auf Grund des Paragraphen 48 ihr Finanzprogramm durchführen werde.

Ein Antrag der Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft über die Annahme ging an den Ausschuß.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird der Reichstag den Einpruch des Reichsrats gegen den Reichstagsbeschluß, wonach Hauszinssteuerzuschläge nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen, zurück und befristete seinen Beschluß mit 421 gegen 42 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und seiner Gruppen, also mit Zweidrittelmehrheit.

Endgültig verabschiedet wurde der deutsch-litauische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag.

Am Mittwoch findet die dritte Lesung der Younggelehe statt.

Ein deutschnationaler Antrag, die dritte Lesung bis nach der Entschcheidung des Wahlprüfungsgerichts über den Volkstentwurf zu vertagen, wurde abgelehnt.

Ein Novum im Parlamentsleben.

Kommt die Weimarer Koalition?

Berlin, 12. März.

Ein im parlamentarischen System äußerst seltener — vielleicht bis dato nie dagewesener — Fall ist zu verzeichnen: Während man sich auf der einen, der bisherigen Regierungseite bemüht, in dieser großen, auseinanderbrechenden Koalition eine Basis zu finden, die eine Durchpeitschung der Younggelehe ohne Bindung an ein festes Finanzprogramm ermöglicht, ist man auf der anderen Seite — Teile der bisherigen Koalition — einzig am Werte, eine Verfügbung über Steuerprobleme zu konstatieren, die unter Ausschüttung einer Regierungspartei — in diesem Falle der Deutschen Volkspartei — nach Annahme des „Neuen Planes“ die neue Koalition schafft, die das Staatschiff weiter steuern will.

Das Zentrum hat seinen Willen durchgesetzt, die feste Bindung des Finanzabmachungen ist erfolgt, es hat also die Möglichkeit, für die Younggelehe zu stimmen. Diese neue Koalition würde sich aus den Sozialdemokraten,